



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,- Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 75 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bestellungsregister.

Für die Woche vom 17.-23. Februar ist die Beitragsmarke in das mit 8 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der politische Streik und die Gewerkschaften.

In der Woche vom 28. Januar bis 2. Februar ist in einer Reihe von Städten gestreikt worden. Die erst nach Eintritt in die Bewegung aufgestellten Forderungen zeigen am allerbesten, wie wenig die unverantwortlichen Anführer (denn von Führern kann man nicht reden) dieser Bewegung von der Grundbedingung eines Streikes verstanden. In jedem anderen Fall ist es sonst so, wenn lange vorher aufgestellte und vertretene Forderungen auf dem Verhandlungswege nicht erreicht werden können, auch ein Entgegenkommen oder Verständigung nicht zu verzeichnen ist, was dann zum letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, gegriffen wird.

Hier aber waren durch Flugblätter die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden und so sicher glaubten sich die Anführer aus den Kreisen der Unabhängigen des Erfolges, daß sie es verhindern, daß die Leitung der Mehrheitspartei um ihren Rat und um ihre Mitwirkung gefragt wurde. Dagegen wurde der Parteivorstand der Mehrheitspartei und ebenso die Gewerkschaftsführer in gefährlicher Weise beschimpft und bekämpft und so nur konnte es gelingen, daß Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen zur denkbar ungünstigsten Zeit ohne Programm und ohne Führung auf die Straße gekehrt wurden.

Als dann ein Teil der Draußenstehenden forderten, daß hier Ziel und Führung fehlt, da wandten sie sich an den Parteivorstand, um hier Rat und Hilfe zu suchen. Und wie sehr dieser Rat von der verkehrten Arbeiterschaft in der Stunde der Not und Erkenntnis verlangt wurde, zeigt das Resultat der Vertrauensmännerversammlung, die aus 400 Personen bestand und trotz der wildsten Schimpereien des Unabhängigen Lebens, mit 360 gegen 40 Stimmen die Teilnahme des Parteivorstandes an der Streikleitung beschloß.

Das dann für Berlin einsetzende Versammlungsverbot war ebenfalls mit Schuld daran, daß diese falsch eingeleitete Bewegung einen würdigen Abschluß nicht finden konnte.

Aber auch die Gewerkschaften mußten sich über falsche Auffassungen wegen ihrer Stellungnahme zur Wehr setzen; denn sie konnten gar nicht anders als jede Mitwirkung oder gar Führerschaft abzulehnen, da die inzwischen in Berlin aufgestellten Forderungen rein politischer Natur waren. Der Herr Staatssekretär vom Reichsamt des Innern hatte eine Verhandlung mit Hinzuziehung von Vertretern der Streikenden, abgelehnt, er wollte nur mit Reichstagsabgeordneten verhandeln. Diese Weigerung war die Ursache, daß die ersten Verhandlungen scheiterten und die Bewegung sich weiter ausdehnte.

Als dann Verhandlungen beim Reichskanzler in Aussicht standen, der aber zur Bedingung machte, daß, wenn außer Reichstagsabgeordneten auch Vertrauensmänner der Streikenden an den Verhandlungen teilnehmen wollten, ebenfalls die Generalkommission dort vertreten sein müßte, da lehnten es die Vertreter der Unabhängigen ab, unter der Bedingung zu verhandeln.

Noch niemals war es in der Arbeiterschaft zu verzeichnen, daß man, um eine Bewegung möglichst günstig abzuschließen, eine Kommissionszusammensetzung als Ursache zum Verhandlungsverzicht machte. Aber die Unabhängigen hatten ja durch Flugblätter schon gegen die Beteiligung der Gewerkschaften an Verhandlungen in folgenden Worten gewettert:

In dem Flugblatt heißt es:

„Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden. Hinzu mit den Durschen aus den Arbeiterversammlungen. Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Lohfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen.“

Nach dieser Leistung glaubten nun auch die Verhandlungsvertreter der Unabhängigen ihren Standpunkt nicht ändern zu können und daher mußte diese Bewegung kläglich in sich zusammenbrechen.

Es ist für alle denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen, die den ungeheuren Druck der Kriegsnöten und die durch das Verhalten des Abgeordnetenhauses zur Wahlrechtsvorlage auf das Weiberste erbittert und enttäuscht sind, ein besonders schmerzliches Empfinden, eine als politisch gedachte Demonstration so enden zu sehen, weil sie einmal ohne Ziel und Führung zur denkbar ungünstigsten Zeit von unverantwortlichen Anführern hervorgerufen wurde.

Das Buchdruckgewerbe ist ebenfalls von dem Streik betroffen worden und daß das möglich wurde, zeigt am Besten, wie tief die allgemeine Unzufriedenheit eingebrungen ist. Denn bisher wurde jede Bewegung durch das feste Tarifverhältnis der Gehilfen für unmöglich gehalten und das mit Recht, da nach den bestehenden Satzungen alle Instanzen erst gehört werden müssen, wenn es sich um eine gewerbliche Frage handelt. Aber wie unter dem Druck „höherer Gewalt“ handelt hier eine Anzahl der Gehilfen und auch das Hilfspersonal. Es ist durchaus eine irriige Annahme, wenn der „Typograph“ in Nr. 6 vom 8. Februar folgendes schreibt:

„Seither haben sich auch in unserem Gewerbe Gehilfen verleben lassen, sich dem Streik anzuschließen. Soweit wir bisher unterrichtet sind, hat sich aber in unserem Gewerbe die Ausbreitung der Bewegung auf Berlin beschränkt. Hier wurden insbesondere die größeren Betriebe in der Hauptsache deshalb mit vom Streik erfasst, weil dort die ungelerten Arbeitskräfte auf die

Stilllegung der Betriebe einen bestimmenden Einfluß auszuüben vermögen, und dann die Gehilfen mitgeben müssen, ob sie wollen oder nicht. Aber auch diese Tatsache und ihre Verwirklichung kann den schwersten Tarifbruch der während des Bestehens der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker je begangen worden ist, nicht aus der Welt schaffen.“

Wir können, soweit Berlin in Frage kommt, anderes berichten. Da sind z. B. beim „Reichsboten“ von 48 Beschäftigten 47 in den Ausstand getreten. Bei der Firma Günther und Sohn von 36 Beschäftigten, 29 bei Winkelmann 82 Personen, darunter 20 Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, bei Ziemsen 12 Personen mit 2 Anlegerinnen, und so fort.

Aus den Großbetrieben ist festzustellen, daß bei den Firmen Ullstein und Wosse, wo die Personale geschlossen in den Ausstand traten, diese auch insgesamt wieder eingestellt wurden. Von dem Lokal-Anzeiger dagegen, wo nur das Hilfspersonal allein in diese Bewegung eingetreten ist (die Gehilfen blieben stehen), wird uns berichtet, daß bei der Wiedereinstellung 25 Hilfsarbeiter und 11 Hilfsarbeiterinnen, vorwiegend Vertrauenspersonen, nicht wieder eingestellt wurden.

Es ist also damit ohne Weiteres festgestellt, daß der Ausstand des Hilfspersonals im Lokal-Anzeiger, eines der größten Berliner Betriebe, keinesfalls die Beteiligung der Gehilfen erzwingen konnte und es ist auch ohne Weiteres als selbstverständlich vorauszusetzen, daß bei dieser Bewegung jeder Einzelne wissen mußte, daß er die Folgen seiner Handlung allein zu tragen hat; denn in diesen Fragen kann die Gewerkschaft nicht hinter ihm stehen. Die Hauptbewegung im Buchdruckgewerbe setzte erst ein, als sich die Zeitungsverbote häuften. Des öfteren konnte man die Bemerkung hören, daß die Personale im graphischen Gewerbe ihre Teilnahme als Sympathiestreik auf Grund der Erfahrungen der ersten Tage kennzeichneten.

Noch haben die Tarifinstanzen in der Sache nicht verhandelt, aber es ist bestimmt zu erwarten, daß diese Körperschaften, der nicht aus gewerblicher Unzufriedenheit, sondern aus politischen Ursachen entstandenen Bewegung, eine verständnisvolle Beurteilung nicht versagen werden.

Die Lebenshaltung der Bevölkerung im Kriege.

S.A.K. Der Krieg hat in die Lebenshaltung der Bevölkerung hart eingegriffen und es ist, wie bekannt, eine der stärksten Hoffnungen unserer Genossen, daß in Deutschland der wirtschaftliche Zusammenbruch durch die Absperrung der Einfuhr von Lebensmitteln eintreten muß. Allerdings hat man angenommen, daß wir längst an dieser Grenze des Erträglichsten angekommen seien, aber anscheinend sind die Hoffnungen gegenwärtig weniger reger, als zu Beginn des Krieges. Die Bevölkerung hat

mehr ertragen und entbehrt, als wir vielleicht selbst für möglich hielten und hierbei hat uns nicht nur der Mangel an Nahrungsmitteln schwer belastet, sondern auch die fortgesetzte Preissteigerung, die den ärmeren Volksschichten das Durchkommen im Haushalt bis an die Grenze des Möglichen steigerte.

Wie in diesen Kriegsjahren die Lebenshaltung der Bevölkerung sich gestaltet hat, wird nicht nur gegenwärtig, sondern auch künftig für den Kulturhistoriker von großer Bedeutung sein. Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen hat in einer verdienstvollen Arbeit sich die Aufgabe gestellt, wie sich im Haushalt der Familie Einkommen und Verbrauch in dieser Kriegszeit zu einander gestellt haben. Er hat im Jahre 1916 zwei Erhebungen veranstaltet, die über diese Fragen eingehend Auskunft geben und im April 1917 die Umfrage wiederholt. Das Ergebnis dieser Erhebung liegt jetzt in einer Bearbeitung des Kaiserlichen Statistischen Amtes in einem Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt vor. Leider können wir aus der sehr eingehenden und wichtigen Bearbeitung nicht alle Einzelheiten wiedergeben, wir müssen uns auf einige wichtige Ergebnisse beschränken. Die Umfrage gibt über 342 Haushaltungen Auskunft. Sie erstreckt sich auf 27 Großstädte, 26 Mittelstädte und 23 Klein- und Landstädte. Nach der Berufsgliederung umfaßt die Ermittlung 9 Familien höherer Beamten, 81 mittlerer Beamten, 31 Unterbeamten, 81 Angestellte, 100 Arbeiter, 11 Kriegerfrauen, 29 Angehörige freier Berufe. Wenn diese Enquete uns nur über einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Personen Auskunft gibt, so kann uns dennoch das gewonnene Material einen guten Einblick in die Lebenshaltung dieser Berufsschichten geben. Die Ermittlung ist so vorgenommen, daß in dem auszufüllenden Fragebogen Einnahmen und Ausgaben für den Monat April 1917 genau vermerkt sind und auch, was den Verbrauch anbetrifft, der Verwendungszweck nach einheitlichem Schema erfasst wurde. Was zunächst das monatliche Einkommen anbetrifft, so ergibt sich nach Berufsarten gegliedert ein durchschnittliches Einkommen für die Familie der höheren Beamten von 662,24 Mk., der mittleren Beamten 327,60 Mk., der Unterbeamten 228,66 Mk., der Angestellten 283,79 Mk., Arbeiter 237,36 Mk., Kriegerfrauen 153,10 Mk., der freien Berufe 450,50 Mk. Nach Einkommensstufen gegliedert hatten 5 Familien ein Einkommen unter 100 Mk., 85 Familien 100—200 Mk., 190 Familien 200—300 Mk., 87 Familien 300—400 Mk., 29 Familien 400—500 Mk. und 16 Familien über 500 Mk. In 40 Fällen steuernte die Ehefrau zu dem Einkommen der Familie bei, in 77 Fällen waren es erwachsene Kinder, die die Einnahmen der Familien erhöhten. In 34 Fällen war die Frau Haushaltsvorstand.

Für diese in der Verfassungstellung und dem Einkommen sich so verschiedenen gestaffelten Familien ergab sich bei der Aufstellung ihrer Ausgaben nicht selten ein Fehlbetrag, der wohl in den späteren Monaten gedeckt werden mußte, da es sich hier um eine monatliche Ausgabe handelt, oder für den Spargroschen herangezogen werden mußte. Nicht selten ist aber auch eine Verschuldung der Familie zu verzeichnen.

Nimmt man die 6 Einkommensstufen und untersucht, wie sich die Ausgaben verteilen, so ergibt sich auf den Kopf der erfassten Personen folgende Gegenüberstellung:

Das Gesamtergebnis der Ermittlung ist dahin zusammenzufassen, daß zahlenmäßig der Nachweis geführt wird, wie trotz der erheblich gesteigerten Einkommen einiger Erwerbsschichten die Einschränkung im Haushalt nicht nur durch den Zwang der rationierten Lebensmittel, sondern auch in dem Einkommensverhältnis begründet ist. Jede Preissteigerung muß unweigerlich zu einer weiteren Bedrängnis der Minderbemittelten führen.

Durchschnittliche Ausgabe pro Kopf der Familie im Monat.

	Einkommen von Mark						Sämtliche Familien	vom Hundert
	unter 100	unter 100—200	200—300	300—400	400—500	über 500		
Nahrungs- und Genußmittel	30,05	34,40	38,39	37,48	41,69	55,71	38,57	51,08
Miete	5,58	7,23	7,85	8,12	10,20	14,64	8,51	11,28
Kleidung, Wäsche	6,31	7,08	8,97	8,94	10,67	18,85	9,45	12,50
Heizung, Beleuchtung	5,42	3,69	4,09	3,78	4,29	6,68	4,11	5,44
Sonstiges	7,90	8,97	11,79	15,46	20,79	38,93	14,94	19,77

Unter „Sonstiges“ sind die Ausgaben für Zeitung, Vereinsbeiträge, Versicherung, Geschenke, Vergütungen zusammengefaßt.

Die Berechnung pro Kopf hat zur Unterlage, daß 2 Kinder unter 11 Jahren als eine Person gerechnet sind, Säuglinge vollständig ausgeschaltet, die übrigen Personen voll in Ansatz gebracht wurden. Die Verschiebungen nach den höheren Einkommensstufen zu werden nicht überraschen. Die Ausgaben für Nahrungsmittel zeigen eine sehr erhebliche Differenz, wenn wir in der untersten Einkommensstufe berücksichtigen eine Ausgabe von 30,05 Mark gegenüber 55,71 Mk. in der höchsten Stufe. Dabei sind von der Gesamtausgabe in der niedersten Einkommensstufe 54,38 Prozent für Nahrungs- und Genußmittel aufgewendet, während in der höchsten Einkommensstufe der Prozentsatz auf 41,22 sinkt. Berücksichtigt man die Einteilung nach der Größe der Städte, so ergibt sich für Großstädte

eine Ausgabe pro Kopf für Nahrungsmittel von 40,22 Mk., für Mittelstädte 38,89 Mk. und für Kleinstädte 34,60 Mk. Während in der Kleinstadt die geringste Ausgabe im Durchschnitt geleistet wird, ist der prozentuale Anteil an den Gesamtausgaben in der Kleinstadt mit 54,98 Prozent für Nahrungsmittel der größte, er sinkt bei den Mittelstädten auf 50,58 Prozent und erreicht bei den Großstädten 50,03 Prozent. Die Verschiebung zugunsten der Kleinstadt tritt dann wieder ein bei Miete und Steuern und einigen anderen Ausgaben, wo die Differenz kleiner ist.

Interessant ist, welche Differenzen im Verbrauch der Mengen sich ergeben. Der Verbrauch von Brot ist in der im Einkommen am schlechtesten gestellten Familie pro Kopf 7302 Gramm und steigt bis auf 8745 Gramm in der mittleren Einkommensstufe. Die gleiche Verschiebung tritt bei Grütze, Teigwaren, Graupen, Fett und Margarine, Butter und Fleischwaren ein. Es kommt hier die Zulage für Schwerarbeiter in die Erscheinung. Dagegen steigert sich der Verbrauch von den noch im Verkehr freien Waren wie Fischkonserven von 100 auf 777 Gramm, Marmelade 70 auf 842 Gramm,

ganz mit dem zunehmenden Einkommen. Ein Beweis, daß die ärmeren Volksschichten ganz oder zum Teil vom Bezug ausgeschlossen werden.

Was den Vergleich dieser Erhebung mit der im Jahre 1916 anbetrifft, so ergeben sich keine erheblichen Differenzen. Die Ausgaben insgesamt waren im April 1917 mit 75,58 Mk. pro Kopf gegenüber 74,87 Mk. im April 1916 nur unwesentlich größer. Von den einzelnen Ausgabenposten nehmen im April 1917 einen größeren Betrag in Anspruch als im Vorjahre die für Feuerung (4,11 Mk. gegen 2,70 Mk.), Miete (8,51 Mk. gegen 7,99 Mk.), Kleidung und Schuhwerk (7,49 Mk. gegen 5,70 Mk.). Bei den andern Gegenständen schwankt die Differenz nach oben oder unten in geringen Beträgen.

Einen starken Rückgang zeigt der Kartoffelverbrauch, der im April 1917 auf 10,93 Kilogramm pro Kopf gegen 16,79 Kilogramm im Vorjahr herabgedrückt war. Die Steigerung von Fleisch und

Am letzten Tag.

Erzählung von Ernst Preczang.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Der Müller stand vor der Tür und sah ihnen nach, bis sie kleiner und kleiner wurden auf der gelben Landstraße und schließlich ganz verschwanden. Dann rückte er an seiner mehlobstaubten Mütze, schüttelte den Kopf und ging mit schweren Schritten den Mühlenberg hinan.

Sie schwiegen beide, der Alte und der Junge. Wohl eine halbe Stunde lang. In immer kürzeren Zwischenräumen griff der erstere zur Flasche.

„So wie heut war's noch nie mit dem Pflod in der Brust! Ich dent, daß Blut bleibt mir stehn in allen Adern!“ Dann murmelte er leise vor sich hin.

Der andere sah ihn nur von der Seite an. — Ein Mädchen kam ihnen entgegen, schlank und kräftig, mit einem rotwangigen Gesicht und großen glänzenden Augen. In dem hellblonden Haar schimmerte die Sonne.

Der Alte sah wie gebannt auf die Näherkommende. Scheu, in großem Bogen, wich sie aus. „Kathrine!“ stöhnte er plötzlich und griff nach der Hand seines Begleiters.

„Was ist?“

Der Alte hatte sich umgekehrt und sah der Davoneilenden nach: „War sie's?“ Er ließ die Hand des anderen los: „Ich seh Gespenster heute wo ich geh und steh. Dacht' doch wahrhaftig, ich seh die Kathrine! Aber 's ist ja nicht möglich. Muß doch auch schon bald ein altes Weiblein sein.“

„Wohl eine Liebste von einst, die Kathrine?“

„Ja. Just so schlank und schön. Nein, schöner, viel schöner noch! Und die ging mir nicht aus dem Wege. Das heißt: damals nicht, als ich noch dahemim war. Sag an meinem Halse und weinte: „Geh nicht fort, Julius, geh nicht!“ — Geh nicht! — Ich bin doch gegangen. Grad ihretwegen bin ich gegangen!“

„Und sahst sie nicht mehr?“

„Doch. Noch einmal.“ Er legte seine Hand schwer auf den Arm des Jüngeren. „Gast Du ein Mädel?“

Der wurde rot. „Ja. Ein liebes, gutes! Ach, Du mühtest sie sehen, Mabel! Und ob ich gleich zwanzig Jahre in der Fremde bliebe, sie wartet auf mich.“

„Hat sie das gesagt?“ Der Alte lächelte fein.

„Wohl hundertmal und mehr!“

„Glaub's nicht.“

„Was?“ Der Jüngere schrie es fast und lehrte sich im Schreck zu ihm.

„Glaub's nicht. Sie lügt.“

„O, Du kennst sie nicht!“

„Doch. Ich kenne sie. Alle kenne ich. Es geht ihnen nicht um Dich, nicht um mich oder sonst einen. Es geht ihnen um die Haube. Zuerst ja, da glauben sie's wohl selber: den oder keinen. Und haben Dein Bild lebendig vor sich. — Hast schon 'mal eine alte Photographie gesehen? Tief schwarz und deutlich war sie einst, dann ist sie blaß und blasser geworden und jetzt ist's nur ein gelber Schatten von dem, das sie einst war. Mit den Herzensbildern ist's nicht besser. Schlechter noch. Viel schneller verblasen sie. Und eines Tages fragt sich die Dirn': Wie sah er aus? Und: war grad er der schönste? Es scheint nicht so. — Und wieder eines Tages: Warum grad er? Muß er grad Julius heißen? Und wenn er sich Blitt nennt? Man spricht's mit den gleichen Lippen. Vielleicht hat dieser ein eigen Haus, eine eigene Werkstat, — schließlich fragt das Mädel auch danach. War's dort besser oder dort? Nun ja, man kann nicht ewig von der Liebe zehren —“

„Hör' auf!“ schrie der andere. Und stöhnte: „Jetzt ist mir nimmer wohl!“

„Laß Dich's nicht anfechten, Söhnchen. Es liegt nicht gar so viel daran. Und — ich hab's überall gesehn — es wimmelt in der Welt von Schürzen. Sie fliegen Dir zu, wenn Du willst.“

„Du sprichst wie ein Alter. Kann man die Liebe denn aus- und anziehen wie einen Rock? Ich könnt's nicht! Ich nicht!“

Wurf um 400 Gramm pro Kopf gegenüber dem Vorjahre ist auf die erhöhte Fleischration zurückzuführen, die im April 1917 an Stelle der fehlenden Kartoffeln gewährt wurden.

Kriegsgewohnheiten und Kriegslehren.

Von Gertrud Hanna.

S.A.K. Wir haben uns während des Krieges an manches gewöhnen müssen, z. B. an das „Anstellen“ nach Lebensmittel an die horrenden Preise für alle Bedarfsgegenstände, ferner daran, daß bald mal eine Ware nicht mehr vorhanden ist, mit deren Knappwerden man nicht gerechnet hatte, kurz an so mancherlei Dinge, bei denen man wünscht, daß recht bald der frühere Zustand wieder eintreten möge. Wir haben uns aber auch an manches gewöhnen müssen, von dem man wünscht, es bleibe nach dem Kriege beibehalten. Dazu zählt die Art der Beschäftigung der Frauen und Mädchen während des Krieges. Nicht daß wir wünschten, die Frauen blieben nach dem Kriege in gleicher Weise zu allen Verrichtungen herangezogen. Aus einer ganzen Reihe von Berufen und Arbeitstätigkeiten wird im Gegenteil die Frau nach dem Kriege wieder ausscheiden müssen, weil sie den Anforderungen an ihre Arbeitskraft körperlich nicht gewachsen ist. Das Wiederinkrafttreten der Arbeiterchutzvorschriften, die nach dem Wortlaut des Notgesetzes vom 4. August 1914 und „für die Dauer des Krieges“ von Fall zu Fall ausgeschaltet werden können, wird ohnehin in einigen Zweigen der Erwerbsarbeit die Frauenarbeit wieder beseitigen. In andern Berufen und Berufsgruppen, wo Frauenarbeit bis vor kurzem eine unbekannte Erscheinung war, wird sorgfältig geprüft werden müssen, ob die Arbeit auch in Zukunft durch Frauen verrichtet werden kann oder für sie verboten werden muß. Wir werden nach dem Kriege aber mit stärkerer Frauenarbeit rechnen müssen als vorher anzutreffen war. In weit zahlreicheren Fällen als bisher schon werden Frauen dauernd für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen und teilweise oder ganz den Unterhalt ihrer Familie bestreiten müssen. Dieser Umstand zwingt dazu, der Frauenarbeit nach dem Kriege größere Beachtung zu schenken, als dies früher der Fall war.

Der Krieg hat uns gelehrt, daß die Leistungsfähigkeit der Frauen und ihre Zuverlässigkeit arg unterschätzt worden ist, vor allen Dingen die qualitative Leistungsfähigkeit. Diese Kriegserfahrung sollte dazu führen, die alte Anschauung von der geistigen Minderwertigkeit der Frauen endgültig zu beseitigen. Sie wird Bestrebungen auf zweckmäßige Berufsabgrenzung, die getragen sind von dem Gedanken an die geringere körperliche Widerstandsfähigkeit der Frauen gegenüber der gesund-

heitschädlichen Wirkung mancher Berufe, förderlich sein. Wir sollten uns an den Gedanken gewöhnen, daß die Frauen die Erwerbsarbeit brauchen und die Erwerbsarbeit auf die Frauen nicht verzichten kann und daß es im Interesse der gesamten arbeitenden Bevölkerung liegt, wenn als geeignete Tätigkeitsgebiete für weibliche Arbeitskräfte nicht in erster Linie Nahrungsbereitung, Hauswirtschaft und mechanische Bureauarbeiten angesehen werden. Der Krieg hat uns viele Frauen auch auf anderen Gebieten tüchtiges leisten sehen.

Die Betätigung von Frauen in einer Reihe von Berufen hat aber zur Folge, daß wir uns auch daran gewöhnen müssen, Frauen bei der Arbeit anders gekleidet zu sehen, als dies bisher der Fall war. Schon vor dem Kriege zeigte sich, daß die Frauenkleidung bei vielen Arbeitsverrichtungen hinderlich ist, daß z. B. Röcke mit Garnierungen, Schürzen (auch herabhängende Böpfe) Unfälle herbeiführen können und herbeigeführt haben. Trotzdem wurde die übliche Frauenkleidung auch bei der Arbeit beibehalten. Als im Verlaufe des Krieges Frauen mehr und mehr an Plätze kamen, die bis dahin von Männern besetzt waren, zeigte es sich, daß mit der alten Gewohnheit gebrochen werden mußte.

Zunächst sträubten sich die Arbeiterinnen selber, in eng anschließenden Hosentrag zu verzichten; Widerstand leisteten einige übrigens auch dagegen, Krappen zu tragen bei der Arbeit. Bald aber sahen sie ein, daß ihnen dadurch die Arbeit erleichtert und sie gegen Unfallgefahren in höherem Maße geschützt sind. Die Munitionsarbeiterin, die Fensterputzerin, die Straßenbahnschaffnerin und -fahrerin, die Schaffnerin bei Eisenbahnen, Hochbahnen usw. in Hosenträgung sind für das Publikum eine Quelle des Staunens, dummer Bemerkungen und Witzereien. Das dauerte aber nicht lange. Es gibt heute nicht wenige Menschen, denen der Anblick einer Frau im Beruf in zweckmäßiger Hosenträgung mit Würde und Fadae ästhetischer erscheint als in der üblichen Frauenkleidung.

Wichtiger aber als das Aussehen ist die Sicherheit bei der Arbeit, der Schutz gegen Unfallgefahren, die der Beruf mit sich bringt. Praktische, enganschließende Kleidung kann diese Gefahren zwar nicht beseitigen, aber doch erheblicher einschränken. Bei einem Unglück, das einigen Personen den Tod, andern Verletzungen beigebracht hat, waren Sachverständige übereinstimmend der Ansicht, daß es durch die ungewöhnliche Kleidung von Arbeiterinnen hervorgerufen worden ist. Verschiedene Berufsgenossenschaften haben deshalb angeordnet oder empfohlen, den Frauen bei der Arbeit enganschließende Kittel, Hosenträger, Anzüge, Kopfhäuben usw. zur Verfügung zu stellen und

das tragen lose hängender Böpfe, Bänder, Kleiderstücke usw. bei der Arbeit zu verbieten. Unzweckmäßige Kleidung, vor allen Dingen Schuhwerk mit hohen Absätzen, hat im Handelsgewerbe wiederholt zu Unfällen geführt. Unfälle durch Ausgleiten und Sturz von Leitern waren nicht selten darauf zurückzuführen. Zahlreiche Betriebe liefern den Arbeiterinnen bereits Berufskleidung. Allerdings werden auch Klagen laut, daß dafür unverhältnismäßig hohe Beträge vom Lohne abgezogen werden. Den Fabrikpflegerinnen wird angeraten, auf praktische Berufskleidung zu dringen.

Es ist also damit zu rechnen, daß sich eine besondere Berufskleidung für Frauen, zunächst für gewerbliche Arbeiterinnen und Frauen im öffentlichen Berufsleben mehr und mehr einbürgert. Der große Kleiderstoffmangel wird diese Entwicklung allerdings zunächst etwas hemmen. Sie wird sich aber nicht mehr aufhalten lassen. Propaganda dafür wird von verschiedenen Stellen aus gemacht. So hat vor einiger Zeit die Schriftleitung der Zeitschrift „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“ im Verlage der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe, ein Heft mit Abbildungen, betitelt: „Das Kleid der arbeitenden Frau“, herausgegeben, das neben Anzügen, Schürzenhosen, Kitteln, Mänteln usw. für gewerbliche Arbeiterinnen, Verkehrspersonal, Postbeamtinnen usw. auch Berufskleider für landwirtschaftlich und gärtnerisch tätige Frauen, für Stallmägde, Krankenpflegerinnen, Photographinnen, Bureauangestellte usw. enthält. Auch Ausstellungen haben praktische oder praktisch sein sollende Anzüge für die verschiedensten Berufe gezeigt, die neben der Zweckmäßigkeit auch dem Schönheitsempfinden Raum ließen. Die beste Propaganda für eine besondere Kleidung bei der Arbeit, die nicht, wie bisher, aus abgetragenen Straßenkleidern oder im günstigsten Falle aus waschbaren, einfachen Sachen nach Art und üblichen Frauenarbeitskleidung besteht, wird aber die Einsicht sein, daß solche Kleidung praktisch und zweckmäßig für die Ausübung des Berufes ist. Die Berufsgenossenschaften sollten in höherem Maße ihr Augenmerk auf zweckmäßige Kleidung richten und den Betrieben die Lieferung solcher Kleidung zur Pflicht machen.

Freilich darf dies nicht auf Kosten der Arbeiterinnen geschehen. Zum mindesten darf diesen nicht allein die Kosten für eine Neuierung aufgehakt werden, die auch den Unternehmern Vorteil bringt durch verminderte Aufwendung für Unfälle. Um das zu verhindern, müssen sich die Arbeiterinnen ihrer Berufsorganisation anschließen. Besondere Berufskleidung, die ein Umkleiden vor Beginn der Arbeit bedingt, benötigt auch die Ein-

„'s wär gut, wenn man's könnte. 's wär gut, wenn wir ein wenig Alter in der Jugend hätten. Und umgekehrt — freilich.“ Er ergriff die Hand des Jüngeren und streichelte sie väterlich: „Sib Dich zufrieden, Söhnchen, und Sorge nicht. Zuweilen kommt ja kein anderer. Zuweilen halten sie's ja ein Weilschen aus, die Mädels. Lieb und gut ist sie, hast Du gesagt. Da darfst Du schon auf zwei Jahre rechnen. — Bei mir sind's drei geworden. Das war jubiel. Herumgestrichen bin ich im ganzen Vaterlande, einen Ort ausfindig zu machen, wo Platz und Auskommen sei für zwei Menschen, die sich rechtchaffen lieb haben. Ausgespäht hab' ich wie ein Geier, wo ich hing und stand. Die Arbeit hingeworfen, wenn sie sagten: „Nein, auf die Dauer läßt sich's nicht absehen.“ Was soll mir's dann? Kathrine wartet. Also weiter. Hier als ein Rotmagen und dort auf ein paar Wochen gebient. 's war immer wieder nichts Gesehtes. Einmal ging ich, ein andermal hießen sie mich gehen. Du kennst ja. Es ist ein Spiel, — ein Spiel um's Leben. Wie endlich der Wurf fällt, kein Mensch weiß es vorher. Darüber waren mir an die zwei Jahre hingegangen. Geschrieben hatt' ich wohl dann und wann. Viel nicht, denn das Porto dauerte mich; Brot war mir nötiger. Was soll' ich auch schreiben? 's war ja doch immer dasselbe. Und am Schluß steht: Bari' noch, Kathrine, warte. Auch von ihr kriegt ich ab und zu ein paar Zeilen. Voll Hoffnung zuerst und

Treue. Allmählich ward's matter. Sie verlor den Glauben. Und schließlich schrieb keiner mehr, weil wir nicht lügen mochten.“

Der Erzählende machte eine Pause und atmete schwer.

„Es war also vorbei?“ Der andere drängte. „Ja und nein. Es hätte noch alles gut werden können, wenn ich das Schicksal nicht versucht hätte. Vielleicht! Genau kann ich's nicht sagen. Denn ich weiß nicht, wie weit zu jener Zeit der Sinn des Mädels gebiegen war. Ob sie noch an mir hing oder nicht. Oder ob sie sich schon anderweit gebunden hatte. — Unten an der bayerischen Grenze war's, da krieg ich Arbeit. Eine kleine Stadt, tief unten im Tal gelegen, von Wald und Wasser und Bergen eingerahmt wie ein Zauberbild. Als ich hinabmarschierte, ward mir weh: das wär' ein Platz, dacht' ich, wo sich's leben lieh mit der Kathrine. Aber es wird ja wieder nichts sein. Es war schon finster in mir, Söhnchen, deshalb dacht' ich so. Und war ganz erstaunt, als mich ein Meister festhielt. „Wie lange?“ frag' ich. Er sieht mich genau an: „Auf die Ewigkeit kann ich nicht schwören. Aber wenn wir zu einander passen, könnt' schon ein Leben draus werden.“ Gut, noch einmal versucht' ich's. Es glückte über die Maßen. Wir paßten zueinander. Einige Monate war ich dort, da kommt mir gar noch der Tod zu Hilfe. Der erste Gesell' starb. Der Meister nahm mich in seine Stelle: „Da kann noch einer sterben. Wiltst,

so hast ausgesorgt für dieses Dasein, was das Futter anbelangt. Mit mir dauert's wohl auch kein Jahrhundert mehr. Ein Sohn ist nicht da. Also, Julius —.“ Siehst Du, Söhnchen, das war wie von Engeln im Himmel gesungen. „Ich bleib', Meister.“ Und geh' frack nach meiner Kammer, der Kathrine die Freundschaft zu schreiben. Hab schon die Feder in der Hand, da geh'z mir wie ein Blitz durch den Kopf: Nein! Schreib nicht! Schweig noch eine Zeitlang, bis du sicher im Sattel sitzt! Versuch' noch ein Weilschen ihre Treue, und dann geh' selber. — Ich schrieb nicht. Schrieb die ganze Zeit nicht, bis das dritte Jahr um war, seit ich von Hause fort. Dann bit' ich den Meister um Urlaub, meine Kathrine zu holen. „Sol' ste!“ Söhnchen, Söhnchen, war das eine Freude! Nagelnen von Kopf bis Fuß, sey' ich mich auf die Eisenbahn. Geld hatt' ich; gelebt wie ein Geizhals. Meine Tasche war schwer von Talern. Und sth' nun im Zuge und rolle an manchem Ort, mancher Straße vorbei, wo ich einst hungernd gewandert. Wie ein Traum war's mir. Und von Anfang bis Ende der Fahrt mal' ich mir immer wieder aus, wie die Kathrine schau'n und was sie sagen wird. . . .“

Der Alte senkte den Kopf und schwieg verloren.

Dann mahnte der andere: „Nun?“

(Fortsetzung folgt.)

führung besonderer und ausreichender Garberoben und Umkleidräume, woran es noch in sehr vielen Fällen fehlt. Auch darauf müssen die Berufsgenossenschaften ihr Augenmerk richten, ebenso die Gewerbeaufsicht, in deren Tätigkeitsgebiet ja die Kontrolle darüber fällt, daß in Betrieben, in denen die Arbeit ein Umkleiden bedingt, ausreichende Räume dafür, getrennt von den Umkleideräumen der Männer, und ausreichende Garberoberäume vorhanden sind.

Den Arbeiterinnen und ihren Angehörigen, vor allen Dingen ihren Müttern muß aber auch noch mehr zum Bewußtsein kommen, daß der Zwang des Erwerbsebens uns zur Aufgabe alter Ansichten zwingt. Man stößt noch auf ganz unsinnige Anschauungen. So hat z. B. kürzlich ein von einem konfessionellen Verein errichteter Arbeitsnachweis die Vermittlung weiblicher Arbeitskräfte nach einem Betriebe, in dem Hosen bei der Arbeit getragen werden mußten, abgelehnt. Darüber lacht ein vernünftiger Mensch. Ebenso unsinnig ist es aber, wenn noch von manchen Frauen, namentlich den Müttern der arbeitenden Frauen, ihr Anschluß an die gewerkschaftliche Berufsorganisation als unpassend angesehen wird, weil er sie mit Männern in Versammlungen zusammenbringt und diese manchmal ein spätes Nachhausekommen verursachen.

Offenlich führt die Gewohnheit des beruflich Neben- und Miteinanderarbeitens von Männern und Frauen in einer Weise, wie es früher nicht üblich war, auch zu der andern Gewohnheit, das Zusammenarbeiten nach getaner Arbeit im Betriebe fortzusetzen in der gemeinsamen Interessenvertretung durch die Berufsorganisation der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Rundschau.

D.W.A. Staatliche Kleinwohnungsfürsorge im Herzogtum Anhalt. Im Herzogtum Anhalt hat das Kleinwohnungswesen in letzter Zeit wertvolle Förderung erfahren. Im Hinblick darauf, daß es als Ehrenpflicht des Staates angesehen werden müsse, den heimkehrenden Kriegern ausreichende und gesunde Heimstätten zu bieten, hat man für die Beschaffung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung an Orten mit Wohnungsmangel durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung Sorge getragen. Durch das Gesetz, betreffend die Förderung des Kleinwohnungsbaus vom 5. September 1917 soll in doppelter Weise eine finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen herbeigeführt werden. Das Gesetz ermächtigt einmal die Beteiligung des Staates an solchen Bauvereinigungen durch Stammeinlagen und stellt hierfür 300 000 Mk. aus den Ueberresten der Landrentenbank nach Bedarf zur Verfügung. Sodann wird die Möglichkeit geschaffen, daß der Staat für zweifelhafte Tilgungshypothesen bis zur Beilehnungsreife von 90 Proz. der Selbstkosten und bis zu einem Gesamtbetrage von 2 Millionen Mark Bürgschaft leistet. Man ist also im Herzogtum Anhalt dem Vorbilde Preußens (Artikel 6 des Wohnungsengesetzes und Bürgschaftsicherungsgesetz) gefolgt und hat auch dort den Standpunkt aufgegeben, daß der Staat lediglich zur Wohnungsfürsorge für seine Arbeiter und Beamten verpflichtet sei. Man hat dabei ebenso wie in Preußen daran festgehalten, die staatlichen Mittel gemeinnützigen Unternehmungen zugute kommen zu lassen. Jedoch wird im Gesetz sowohl wie in der Begründung mehrfach ausdrücklich betont, daß der freien gewerblichen Bauwirtschaft keine nachteilige Konkurrenz geschaffen werden und die staatliche Hilfe nur da einsetzen solle, wo „Mangel an gesunden Kleinwohnungen“ bestehe. Leider hat man es auch im anhaltischen Staate nicht für nötig gehalten, für die gemeinnützige Bauwirtschaft nach dem Kriege den unbedingt erforderlichen Vorkredit zur Verfügung zu stellen, und hat sich an der mittelbaren Unterstützung durch Beteiligung an Bauunternehmungen und Bürgschaftsgewährung genügen lassen. Außer dieser finanziellen Unterstützung der gemeinnützigen Bauwirtschaft hat die Herzogliche Regierung der billigen Beschaffung von Kleinwohnungen durch besondere Bauerleichterungsvorschriften Rechnung getragen. Durch Wändersgesetz vom 18. Oktober 1916 und eine zu seiner Ausführung erlassene Ministerialverordnung vom 5. Februar 1917 wurden die Verkehrs-, gesundheits-, sicher-

heits- und feuerpolizeilichen Anforderungen an die Bauwerke, namentlich an Kleinwohnungsbauten, auf das praktisch notwendige Maß zurückgeführt, um namentlich im Interesse des Kleinwohnungsbaus, jede unnötige Verteuerung des Bauens und damit des Wohnens auszuschalten.“ Unter dem 21. November 1917 erging sodann nochmals eine Ministerialanweisung, betreffend die Förderung von Kleinanhebungen und Kleinwohnungsbauten, die in ähnlicher Weise wie der Preussische Ministerialerlaß vom 26. März 1917 hinsichtlich der Erschließung des Baugrundes und der baupolizeilichen Anforderungen eine Reihe neuer Erleichterungen für den Kleinwohnungsbau bringt. Durch alle diese Maßnahmen hofft man die unzulässigen Zustände im Wohnungswesen, die nach den städtischen Mitteilungen eines Regierungsvertreters in den Kommissionsverhandlungen auch in anhaltischen Städten zu befürchten sind, wenigstens teilweise vermeiden oder beheben zu können.

I.K. Jahresabschluss des Fabrikarbeiter-Verbandes — 30 000 Mitglieder Zunahme. Als erste der großen Organisationen veröffentlicht der Fabrikarbeiter-Verband seinen vorläufigen Jahresabschluss für 1917. Bei Kriegsbeginn hatte der Verband rund 200 000 Mitglieder. Gegenwärtig hat er unter Einrechnung der im Felde stehenden Mitglieder 210 000. Im vergangenen Jahre wurden rund 55 000 Mitglieder neu aufgenommen. Durch Austritt, Streichung, Abreise und aus anderen Gründen verlor der Verband 20 225 Mitglieder, so daß er um über 30 000 Mitglieder zugenommen hat. Das Verbandsblatt „Der Proletarier“ nennt das einen geradezu überraschenden Aufschwung. Die Zahl der Neuaufnahmen hat sich gegen 1916 fast verdoppelt, gegen 1915 vervielfacht. Seit dem Jahre 1906 gibt es kein Verbandsjahr, das den gleichen Mitgliederzuwachs gebracht hätte wie 1917. Vom Jahre 1918 erhofft der Verband vor allem den Frieden. Sollte dieser auch in der Uebergangszeit ein vorübergehendes Nachlassen der Werbekraft des Verbandes mit sich führen, so muß er doch den Beginn einer allgemeinen Erholung bedeuten und den Verband für alle Dauer uner-schütterlich befestigen.

I.K. Beitragserhöhung im Verband der Schiffszimmerer. Der Schiffszimmerer-Verband will eine Beitragserhöhung in der Weise vornehmen, daß anteils des bisherigen Einheitsbeitrages 2 Beitragsklassen mit einem Wochenbeitrag von Mk. 0,80 und Mk. 1.— treten. Dementsprechend soll die Arbeitslosen- und Streikunterstützung erhöht und nach der Dauer der Mitgliedschaft im Verband abgestuft werden. Diese Anträge des Vorstandes sollen einer Urabstimmung unterzogen und im Falle der Annahme am 1. Juli 1918, die erhöhten Unterstützungen am 1. Januar 1919 in Kraft treten.

Wer wird nach Friedensschluß zuerst vom Militär entlassen? Ueber diese, für die Uebergangswirtschaft so außerordentlich wichtige Frage hat sich im Ausschuß des Reichstags für Handel und Gewerbe der Kommissar des preussischen Kriegsministeriums wie folgt geäußert:

Die Rückführung des Heeres in den Friedensstand wird nach und nach verlaufen. Wie lange sie dauert, kann kein Mensch voraussagen. Die Heeresverwaltung hat den Grundsat aufgestellt, daß kein Mensch entlassen werden soll, der keine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Deshalb sollen Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückgehalten werden dürfen. Die ältesten Jahresklassen werden zuerst entlassen, die Familienernährer vorzugsweise berücksichtigt. Auch soll an dem Grundsat festgehalten werden, daß kein versorgungsberechtigter Mann entlassen wird, dessen Versorgungsansprüche nicht geregelt sind.

Um den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell als möglich die nötigen Kräfte zuzuführen, ist folgende Einteilung vorgesehen: Unter Berücksichtigung des Grundgesetzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die älteren Jahresklassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

- Führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schiffahrt und des sonstigen Wirtschaftlebens;
- Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren;
- selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.

- Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen, einschließlich Klein- und Straßenbahnen;
- Seelente und Fischer;
- gelernte Arbeiter und Handwerker, soweit sie sogleich in ein festes Arbeitsverhältnis treten;
- ungelernte Arbeiter solcher Berufe, in denen sogleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, z. B. Bergbau, Landwirtschaft, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr;
- Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden;
- Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Ausland hatten und dort hin zurückkehren wollen.

Zweckmäßige Behandlung von Papierwäsche. „Kleidungsstücke weicht man in badwarmem, aber nicht kochendem Wasser mit einer schwachen Lösung von Seife, Soda oder einem anderen nicht ätzenden Waschlauge ein (höchstens 10 bis 15 Minuten), alsdann legt man sie auf einen glatten Tisch und bürstet sie mit einer ja nicht zu harten Bürste mit dem gleichen Wasser ab, bis sie rein sind. Hierauf spült man sie in einem lauwarmen Wasser durch, hängt sie vollständig naß auf und bügelt sie, wenn sie annähernd trocken sind. Das Auswinden muß vermieden werden. Der Stoff reißt nur in nassem Zustand, erlangt aber nach dieser vorsichtigen Behandlung im trockenen Zustand seine alte Festigkeit wieder. Wird diese Waschanweisung befolgt, so kann ein Papierkleidungsstück monatelang benutzt werden, ohne Schaden zu nehmen; insbesondere trifft dies zu für Schürzen aller Art, Arbeiteranzüge, Joppen, Hosen, Arbeitermäntel, auch Hemden.“ Diese den Hausfrauen ganz fremde Art der Wäschebehandlung muß aber strengstens befolgt werden, wenn die teure und unpraktische Papierwäsche nicht gar zu schnell aufgebraucht werden soll.

Es geht vorwärts bei der Volksfürsorge! Der Monat Januar brachte wieder eine erfreuliche Steigerung des Neugeschäfts. Es wurden im ganzen 5184 Versicherungsanträge eingereicht, davon 4770 auf Kapital, und 414 auf Spar- und Risikoversicherungen. Das bedeutet gegen den Vormonat Dezember (den besten während des ganzen Krieges) mit 4333 Neuanträgen noch eine Zunahme von 851 Anträgen. Die dauernde Hebung des Versicherungsbestandes garantiert eine außerordentliche Sicherung der Geschäftsentwicklung der jungen Gesellschaft, die sich einer wenig struppelosen Konkurrenz zu erwehren hat. Wie armfellig und gewissenlos zugleich die Mittel der Konkurrenz sind, geht daraus hervor, daß z. B. heute noch ein Vertreter der großen Gesellschaft „Victoria“ mit einem Artikel eines Herrn G. Dornis gegen die Volksfürsorge arbeitet, den dieser Herr im August 1914 zur Herabsetzung der Volksfürsorge schrieb, worin er in ganz unwahren Ausführungen den Geschäftsbericht über das halbe Jahr 1913 behandelte, und dessen Inhalt die Direktion der „Victoria“ schon im Jahre 1913 mißbilligte.

I.K. Urabstimmung im Gemeinbearbeiter-Verband. Zur Besserung seiner Finanzen hatte der Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter den Mitgliedern die Frage vorgelegt, ob vom 1. April 1918 an eine weitere Beitragserhöhung um 10 Pf. Platz greifen oder die Krankenunterstützung herabgesetzt werden sollte. An der Urabstimmung nahmen 24 026 Mitglieder teil. Von den 13 789 gültigen Stimmen waren 12 073 für Beitragserhöhung und nur 1716 für die Einschränkung der Verbandsleistungen. 68 Prozent der Stimmen haben also die Beitragserhöhung genehmigt, die damit beschlossen ist.

Eingegangene Druckchriften.

Die **Stunde**, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Harbus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 44-45 enthält u. a. folgende Artikel: Aug. Winnig „Der Damm bricht!“, Dr. Paul Reich, M. b. H. „Die Einberufung der preussischen Junker durch das gleiche Wahlrecht“, G. P. S., M. b. H. „Durch Macht zum Recht!“ Viktor Schiff „Kleine Abrechnung“, Franz Dieberich „Kosmosphantasie“, Gustav Dahle „Neue Wortkunst“, Oskar Wöhre „Winterleib“. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.